

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Sched.-Konto: Hannover 576 12 | Der Abonnementspreis beträgt durch Boten oder die Post bezogen monatlich 75 Goldpfennig | Verantwortlich für den Inhalt: Heinz Elmberg, Essen. Druck: H. Handmann & Co., Bochum | Telefon-Nr.: 4300, 4301, 4302  
Sched.-Konto: Essen . . 241 71 | Anzeigenpreis: Die 25 Millimeter breite Millimeterzeile oder deren Raum 25 Pfg. | Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. W., Biemelhauser Straße 38 42 | Telegramm: Vltverband Bochum

# Neuer Ansturm gegen die Kaligemeinwirtschaft? Wintershall und Preussag.

Ueber die Kaliindustrie sind in den letzten Wochen die wildesten Gerüchte in der Öffentlichkeit verbreitet. Interessengemeinschaft der Preussag mit Wintershall, „sofortiges Dementi des amtlichen preussischen Pressebüros“, „Fusionsbestrebungen Burbach-Wintershall“, „Anti-Blockade unter Führung Burbach gegen Wintershall“, „Anträge auf Berechtigung des Kaliwirtschaftsgesetzes“, „Rücktritt eines Direktors im Kalihyndikat“, und das läbliche Dementi... Ein großer Skandal auf einmal und so schön verpackt, daß nun jeder sehen mag, wie er ihn am besten entwirrt.

Bei dem interessanten Spiel im Kalihyndikat wäre es durchaus kein Wunder, wenn die Meldung über den Rücktritt von Direktor Jung — aus Versehen natürlich — der Rücktrittserklärung voraussetzt. Bei diesem im Kalihyndikat anscheinend üblichen Brauch lohnt es nicht, sich länger aufzuhalten. Er führt übrigens das Verfahren ab und gibt uns einige psychologische Aufschlüsse über die Mentalität der Kalihyndikaristen.

### Wer wird Sieger in dem Kampfe um die Herrschaft in der Kaliindustrie?

Es kommt gar nicht so sehr darauf an, wie der Vertrag der Preussag mit Wintershall aussieht als vielmehr darauf, daß überhaupt eine Einigung über die gemeinsame Verfolgung verschiedener Interessen der beiden Werksgruppen erfolgen konnte. Wintershall muß aus noch näher darzulegenden Gründen Verbindlichkeiten schulden. Bereits am 1. März 1924 schrieben wir in Nr. 9 der „Bergarb.-Ztg.“:

„Nun sind allerdings die Konzentrations- bzw. Verknüpfungspunkte Wintershalls in den letzten Monaten ins Stocken geraten. Die Banken der übrigen Konzerne halten einstweilen die Aktien- und Kugelnbündel fest.“

Über nicht nur das. Die Wintershall-Konzernleitung wußte sehr genau, daß sie bisher mit ihren Verknüpfungspunkten auch im Reichswirtschaftsministerium auf den schärfsten Widerstand stieß. Die Gründung eines Blochs gegen Wintershall mußte sie von vornherein mit in Rechnung stellen. Das alles brauchen jedoch keine unüberwindlichen Widerstände zu sein. Eine ziel sichere und geschickte Leitung kann sie überwinden. Der Bloch gegen Wintershall ist weniger gefährlich. Bei den widerstrebenden Interessen der Blockgründer ist ein Auseinanderdriften des Blochs leicht zu erreichen. Wintershall hat es in der Vergangenheit ausgezeichnet verstanden, über Interessengemeinschaften mit anderen Werksgruppen zu Fusionen mit denselben zu gelangen. Warum soll es den bisher erfolgreich beschrittenen Weg im Falle Preussag-Wintershall verlassen? Ueberdies braucht man nicht einmal nur dieses Ziel im Auge zu haben. Zwischen Preussag und preussischem Kabinett besteht doch immer noch eine sehr gute Verbindung. Dazu noch folgendes: In Nr. 33 schreibt die in wirtschaftlichen Dingen gut unterrichtete „Frankfurter Zeitung“:

„Die Beziehungen zwischen dem Konzern und dem Fiskus sollen sich bisher stets zur Zufriedenheit beider Kontrahenten entwickelt haben; es ist daher nicht anzunehmen, daß dem Wintershallischen Rationalisierungsprogramm von dieser Seite (von der thüringischen Regierung) Schwierigkeiten bereitet werden.“

Es ist immerhin interessant, zu hören, daß bereits die Regierung eines Landes vollständig für die Wintershallpläne gewonnen ist. Wichtigere als die Stellungnahme der thüringischen Regierung ist zweifellos die der preussischen. Es ist also durchaus wichtig, daß Wintershall versucht, auch die preussische Regierung über die Preussag dafür zu gewinnen, daß dem Rationalisierungsprogramm auch von dieser Seite keine Schwierigkeiten bereitet werden.“

### Der fehlgeschlagene Plan von 1909.

Die Erinnerung daran, daß der erste Kaligesehtentwurf auf Betreiben der privaten Kaliindustrie 1909 im preussischen Landesministerium ausgearbeitet und von diesem dem Bundesrat vorgelegt wurde, erscheint in diesem Zusammenhang keineswegs belanglos. Daß dieser Gesehtentwurf nichts, aber auch rein gar nichts weiter als die brutale Niederknüttelung eines unliebsamen Konkurrenten und die rückwärtslose Wahrnehmung der Privatunternehmerinteressen wollte, sei noch nebenbei bemerkt. Dieser Wechselbalg — so oder ähnlich wurde der Entwurf von den Vertretern aller Parteien 1910 im Reichstag genannt — ist von der damaligen preussisch-fiskalischen Bergverwaltung im Verein mit dem Gegner Schmidmanns und in erster Linie von der Wintershall-Leitung mit angeheft. Interessen des Reiches, der Staaten, der Landwirtschaft oder gar der Arbeiter kannten die Kalihyndikaristen einschließlich des preussischen Bergfiskus damals so wenig wie heute. Kein Wort davon war in dem Entwurf enthalten.

Der Reichstag warf der preussischen Regierung den Entwurf vor die Füße und beschloß fast einstimmig am 25. Mai 1910 ein Gesetz, welches nicht einmal mehr die Spuren jenes Eluquiententwurfs der Kaligesehtentwerfer erkennen ließ. Das Gesetz sicherte u. a. dem Reich das Bestimmungsrecht der Preise, schuf Sicherungen für die Länder und Gemeinden, schützte die Landwirtschaft vor Preisüberbortelungen und verhinderte die Verschleuderung der wichtigsten Kaliprodukte in das Ausland. Um die Verschleuderung der Kalierzugnisse ins Ausland zu verhindern, schloß der Gesehtgeber die Kaliverwerke auf ganz besonderen Wunsch der Kalihyndikaristen einschließlich Wintershall zu einem Zwangshyndikat zusammen. Es verdient das besonders hervorgehoben zu werden, weil immer wieder der Versuch gemacht wird, die Zwangshyndizierung der Kaliindustrie auf die neuzeitliche Gesehtgebung zurückzuführen. Ferner enthielt das Gesetz Bestimmungen über Löhne und Arbeitszeit, soweit dieselben nicht durch Tarif geregelt waren. Bis dahin bestanden Tarifverträge nicht.

### Die fröge Reaktion bei Wintershall.

Nach der Verabschiedung des Gesetzes vom 25. Mai 1910 beeilte sich die Wintershall-Leitung, einen Tarifvertrag nicht etwa mit den

zuschließen. In diesem Tarif wurden niedrigere als im Gesetz vorgesehene Löhne mit den Arbeitern „vereinbart“. Das Bestehen eines Tarifvertrages schaffte der Wintershall-Leitung außerdem die Möglichkeit, die in der Kaliindustrie sonst übliche Arbeitszeit zu überschreiten. Aber auch sonst hat Wintershall seine berühmte sozialpolitische Vergangenheit. Die Fachpresse berichtete am Schlusse des Jahres 1923 über standalöse Korruptionserscheinungen im Wintershallkonzern; just zur selben Zeit setzte der Wintershallkonzern den Arbeitszeitstand in Szene. Er warf sich zum Führer des Arbeitgeberverbandes auf und sperrte die Kalilarbeiter aus, weil sie die Gesehtverletzungen und den Tarifbruch der Wintershall-Leitung nicht mitmachen wollten. Wer kann es der mißtrauischen Bergarbeiterchaft verhehlen, wenn sie nach dieser glorreichen reaktionären Vergangenheit Wintershalls die in Interessengemeinschaft mit Wintershall lebende Preussag und Wintershall mit denselben Augen betrachtet? Allerdings fällt die Entscheidung darüber schwer, ob die größere Bewunderung den sich über Vertrag und Geseht hinwegsetzenden robusten Gemütern der Wintershall-Leiter oder der ihnen Gefolgschaft leistenden Schatzmachergehirne seiner Wirtschaftsgegner im Lager der Kaliindustrie zu zollen ist. Das einfache Rechenexempel hätte den letzteren sagen müssen, daß gerade die Verlängerung der Arbeitszeit zur ausschlaggebendsten Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des Wintershallkonzerns gegen alle übrigen Werksgruppen führen würde. Mit dem Hinweis auf die ersässliche Konkurrenz begründete die Kaliindustrie ihren Rechtsbruch. Das Arbeitsministerium schenkte ihr willig Gehör. Er setzte die Arbeitszeit der Kalibergarbeiter später auf 8 Stunden und die der Ueber-tagearbeiter auf 10, vom Teil sogar auf 12 Std. fest. Die Kalihyndikaristen aber wußten, daß die Arbeitszeit der ersässlichen Kalilarbeiter nur 6 Stunden unter und 8 über Tage betrug und daß die Löhne der ersässlichen Kalilarbeiter die Löhne ihrer deutschen Kameraden um ca. 30 Prozent überstiegen. Ist die Behauptung der Kalihyndikaristen wahr, nach welcher sie bei sieben- bzw. achtsündiger Arbeitszeit der Kalilarbeiter mit dem Elfaß nicht konkurrieren könnten, dann bliebe doch nur der zwingende Schluß, daß die deutschen Werke technisch und organisatorisch vollständig verlobbert waren. Daraus müßten sich dann allerdings die weiteren Schlußfolgerungen für das deutsche Volk von selbst ergeben.

### Das Streben nach Abschaffung des Kaliwirtschaftsgesetzes.

Wintershall und die ihm gefügige Presse reiten seit Jahren auf dem Popanz der Preisherabsetzung herum. In den letzten Jahren ist fast kein Tag vergangen, an welchem nicht in mehr oder weniger geschickter Art die Preispolitik des Kalihyndikats angegriffen und öffentlich heruntergerissen wurde. Wir können gewiß nicht in den Verdacht geraten, Weisheit von der Syndikatspreispolitik zu sein; schon deshalb nicht, weil wir dieselbe für vererblich gehalten haben. Während unsere Kritik der deutschen Landwirtschaft den Bezug billiger Düngemittel ermöglichen wollte, verfolgte die Kritik des Wintershallkonzerns ganz andere Zwecke. Am besten ist das aus einem in Nr. 18 des „Gannob. Couriers“ vom 12. Januar d. J. erschienenen Artikel ersichtlich. Dort heißt es unter dem Untertitel „Der Plan zur Abschaffung des Kaliwirtschaftsgesetzes“ u. a. wie folgt:

„Die Politik von Wintershall geht nun seit Jahren bereits darauf hinaus, die Kalipreise so erheblich zu senken, daß sie mindestens um 30 bis 40 Prozent unter dem Vorkriegspreis liegen. Gegen diese Politik wandte sich der Reichskalirat, der hierbei die Unterstützung aller Gruppen mit weniger guten Vorkommen hatte und insbesondere die gesamte Gegnerschaft des Konzerns Burbach-Wintershall-Wittfeld mit allen kleineren Gruppen, die bei einer derartigen Herabsetzung der Preise unter allen Umständen mit erheblichem Verlust arbeiten müßten und wofürgeinlich gezwungen gewesen wären, den größten Teil ihrer Schächte stillzulegen und lediglich auf eine Auswertung der Quoten bedacht zu sein. Tatsächlich hat der Kalihyndikatsrat auch alle von Wintershall kommenden Preisermäßigungen für In- und Auslandsabfah mit Rücksicht auf den heftigen Widerpruch der weniger leistungsfähigen Werke abgelehnt, da diese geltend machten, überhaupt nicht mehr fördern zu können, sondern lediglich auf die Auswertung ihrer Quoten angewiesen zu sein.“

Demgegenüber stellen wir fest:

1. Es ist nicht wahr, daß Wintershall im Reichskalirat wiederholt Anträge auf Preisherabsetzung gestellt hat.
2. Wintershall hat überhaupt noch niemals seit Bestehen des Reichskalirates weder im Reichskalirat, noch in seinen Kommissionen einen Preisanzug gestellt.
3. Es kann folglich auch nicht wahr sein, daß Preisanzüge Wintershalls vom Reichskalirat abgelehnt wurden.

Die Kalipreise sind im Reichskalirat oder früher in der Sechser-Kommission desselben auf Antrag des Kalihyndikats, und zwar auf Grund der Prüfungen des Reichswirtschaftsministers, festgesetzt und wiederholt hat sich das Reichswirtschaftsministerium abgemüht, den Arbeitnehmervertretern des Reichskalirates nachzuweisen, daß die Kalipreise nicht zu hoch stehen. Wiederholt ist von den Arbeitnehmervertretern bei verschiedenen Gelegenheiten die Forderung erhoben, zur Prüfung der Gesehtungskosten eine aus Arbeitnehmern, Arbeitgeber und Regierungsvertretern paritätisch zu bilden, mit allen Reichswirtschaftsministerien zusammenzusehen. Kalihyndikaristen und Reichswirtschaftsministerium haben das bisher abgelehnt. Jetzt werden die in den Anträgen der Arbeiter ausgedrückten Zweifel über die Angaben der Gesehtungskosten von Arbeitgeberseite bekräftigt. Die „gut unterrichtete Seite“ des „Gannobischen Couriers“ schreibt nämlich in dem schon erwähnten Artikel weiter:

„Fest steht, daß der Wintershallkonzern seine gewaltige Ausdehnung in den letzten Jahren nur dadurch ermöglichte, daß ihm seine sehr modern ausgebauten Werke mit den allerbesten Kalivorkommen bei der Preisfestsetzungspolitik des Kalirates einen derart hohen Nutzen lief, daß der Konzern, der den Gewinn nicht verteilte, sondern zur Verbesserung seiner Position ständig zu Anlagungsmaßnahmen herwandte, die Mittel hatte, bedeutende Erweiterungen durchzuführen.“

Wie wird Ihnen da, Herr Reichswirtschaftsminister? Hier wird

Reichswirtschaftsministeriums so ungeheure Gewinne verursachen, Gewinne, die es einem Konzern ermöglichen, fast 40 Prozent der gesamten Kaliindustrie aufzukaufen. Wußten die Löhne der Kalilarbeiter darum niedrig gehalten werden, um die Verdrängung der Kaliindustrie zu beschleunigen, Herr Reichsarbeitsminister?

### Was aber will nun eigentlich Wintershall?

Hören wir auch dazu die „gut unterrichtete Seite“. Sie schreibt: „Das Kaliwirtschaftsgesetz von 1919 hatte eine Stabilisierung der Kaliindustrie aus sozialen Gründen im Auge und zwang alle bestehenden Kaliverwerke zum Beitritt in das Syndikat, das unter behördlicher Mitwirkung die Preise festsetzte und damit den Absatz im In- und Ausland kontrollierte. Die Verkaufspreise legt der Reichskalirat durchaus nach sozialen Gesichtspunkten fest, in denen er über die Selbstkosten der am wenigsten leistungsfähigen Werke mit der Bestimmung maßgebend sein ließ, daß auch nach dem Auslande nicht billiger verkauft werden dürfte, als zu den für das Inland festgesetzten Preisen.“

Das klingt zwar reichlich verschwommen, besonders der erste Satz. So viel ist aber doch herauszulesen, daß das Kaliwirtschaftsgesetz von 1919 an allem Uebel schuld ist. Mit Verlaub: Das Kaligeseht vom 25. Mai 1910 und nicht erst das von 1919 zwang alle bestehenden Kaliverwerke zum Beitritt in das Syndikat, und wie wir bereits anführten, auf ausdrückliches Verlangen der Kaliverwerksbesitzer. Ist der Reichstag eine Behörde? Wohl doch! Nun denn: Nach dem Geseht vom 25. Mai 1910 hatte nur der Reichstag das alleinige Recht der Preisfestsetzung. Es ist doch kaum zu leugnen, daß den Kalihyndikaristen durch das Preismitbestimmungsrecht im Reichskalirat von der Nationalversammlung 1919 gerade in der Frage der Mitbestimmung der Preise die weitestgehenden Konzessionen gemacht worden sind. Es ist auch nicht wahr, daß nach dem Auslande nicht billiger verkauft werden durfte. In Ausnahmefällen hat der Reichswirtschaftsminister, wie wir bestimmt wissen, dazu wiederholt die Genehmigung erteilt. Über der Urteilsfrevler berührt jetzt den Kern der Sache:

„Freie Kaliwirtschaft würde in diesem Falle bedeuten, daß der Reichskalirat für die Festsetzung der Preise vollkommen ausgeschlossen wird und die Preise, insbesondere für das Auslands-geschäft, lediglich von den leistungsfähigen Großkonzernen festgesetzt werden.“

Wiso insbesondere für das „Auslands-geschäft“! Wenn Worte noch Sinn haben, kann das doch nur heißen, daß

### Die Inlandspreise hochgehalten und die Auslandspreise auf Kosten der deutschen Landwirtschaft herabgesetzt werden sollen.

Wir werden ja hören, wie sich die deutsche Landwirtschaft über diese Zukunftsaussichten „freut“. Jetzt fehlt uns nur noch der Nachweis, daß die Lieferung billiger Düngemittel an das Ausland und teurer für das Inland eine große nationale Tat ist.

Solange der Reichskalirat besteht — darin stimmen wir durchaus bei — können diese frommen Wünsche nicht in Erfüllung gehen. Die Verwirklichung dieser landwirtschaftsfeindlichen und volkschädlichen Gedanken müssen die Vertreter des Handels, der Arbeiter und der Landwirtschaft im Reichskalirat ablehnen. Darum soll der Reichskalirat befeitigt werden. Wiso zunächst freie Bahn für die Preisbildung im Interesse des Wettbewerbs der deutschen Kaliindustrie gegen das Elfaß! So sagt man...

Es wird ganz gestilltlich verschwiegen, daß eine Verständigung, wenn auch zunächst erst auf drei Jahre, mit dem Elfaß über die Verteilung des Absatzes und die Kalipreise für Amerika bereits stattgefunden hat. Wir setzen: Die Kaliindustrie ist auf dem besten Wege, das durch den Krieg verloren gegangene Preismonopol wieder herzustellen. Nach Herstellung des deutsch-ersässlichen Kalitruffs steht der Schröpfung der deutschen Landwirtschaft und des deutschen Volkes nur noch der Reichskalirat im Wege.

Keine Sentimentalitäten bitte! Wintershall braucht den thüringischen und den preussischen Bergfiskus, nicht, um ihre Werke aufzukaufen, das hat Zeit und regelt sich von selbst.

### Wintershall braucht die Unterstützung der Siski zur Befeitigung des Kaliwirtschaftsgesetzes.

Fällt das Kaliwirtschaftsgesetz, dann bricht das Kalihyndikat in sich zusammen. Will Wintershall seine Kaliwirtschaftspolitik folgerichtig fortsetzen, dann muß es versuchen, den Zusammenbruch des Kalihyndikats herbeizuführen. Wir erinnern hierbei an den brutalen Angriff Wintershalls auf das Kalihyndikat im Jahre 1923. Der Wintershallkonzern — das dürfte wohl unbestritten sein — besitzt bereits heute eine ungeheure Macht gegen die mehr aus- als zueinander strebenden übrigen Werksgruppen. Eine Verbündung Wintershalls mit dem Elfaß nach dem Ausnahmefallen des Kalihyndikats befeigt das Schicksal von neun Sehteln der dem Wintershallkonzern nicht angehörenden Kaliverwerke!

Die ganz besonders ausgeprägte Arbeiterfeindschaft der Kalihyndikaristen macht diese blind. Wintershall braucht nur den roten Lappen zu schwingen und der ganze Chorus starrt fasziniert wie im Oktober 1923 auf die reaktionären Helden. Schreit Wintershall: „Ginweg mit dem Kalirat!“, dann jubeln ihm auch die übrigen zu. Indessen verfolgt die Wintershall-Konzernleitung ihre wirtschaftspolitischen Ziele mit unbewusster Hilfe seiner Wirtschaftsgegner und mit unerbittlich strenger Konsequenz weiter. Ist es da schon, vorauszusagen, wenn die Palme des Sieges um die Herrschaft in der Kaliindustrie zu fallen wird?

Wir haben wiederholt die Reformbedürftigkeit der Kaligesehtgebung betont und der Regierung ganz bestimmte Vorschläge unterbreitet. Sie können angehts der Lage der Kaliindustrie selbstverständlich nur darin gipfeln:

### Nicht Schwächung, sondern Stärkung des Einflusses des Reiches auf die Kaliindustrie



preffe, die zum Schaden der Handelsvertragsverhandlungen immer wieder die Behauptung wiederholt, daß die Reichsregierung von der Schwerindustrie beherrscht werde, die Spitze abbrechen."

Wenn die Reichsregierung aber eine solche Erklärung nicht abgibt?

### Vorstandssitzung des RAB. in Bochum.

Am 28. Januar trat im Verwaltungsgebäude der Ruhrknappschaft in Bochum der endgültige Vorstand des RAB. zu seiner ersten Sitzung zusammen. Der erste Teil der Tagesordnung, der in dieser Sitzung dem Vorstande zur Erledigung oblag, befaßte sich mit der Wahl der Vorsitzenden und sonstigen Fragen, welche die Regelung der Geschäftsführung des Vorstandes betrafen.

Die Geschäftsordnung, die nach § 4 der Satzung der Vorstand sich zu geben hat, kam in der Sitzung nicht zur Sprache. Die Vorsitzenden gaben nun, daß sie zu den drei vorhandenen Ausschüssen einen geschäftsführenden Ausschuss auch beim Vorstand des RAB. bilden möchten.

Da für die Renteneinpfänger einzelner aufgelöster Knappschaftsvereine ein Teil der jetzigen Bezirksknappschaftsvereine sich weigert, die Renten zu zahlen, hat der Vorstand die Verwaltung des RAB. angewiesen, die Zahlungen vornehmen zu lassen.

Sondervorschriften zur Genehmigung lagen von der Süddeutschen und der Oberschlesischen Knappschaft vor. Die Sondervorschriften der Süddeutschen Knappschaft sind zurückgewiesen, damit sie mit der geänderten Satzung in Einklang gebracht werden.

Von der Süddeutschen, der Halberstädter und der Ruhrknappschaft lagen Dienstanweisungen für Knappschaftsälteste zur Genehmigung vor. Die Dienstanweisung der Süddeutschen Knappschaft ist ohne jede Veränderung für ein Jahr genehmigt worden.

Da in vielen Bezirksknappschaftsvereinen der Artikel 29 Absatz 3 nach Ansicht der Vorsitzenden eine unrichtige Auslegung findet, hat Kamerad Viktor eine grundsätzliche Erläuterung zu diesem Artikel eingereicht, um eine einheitliche Auslegung zugunsten der Versicherten herbeizuführen.

Ein vielbesprochenes Kapitel aus dem Abschnitt "Sabotage des Reichs-Knappschaftsgesetzes" wurde durch die nochmalige Aufrollung der Frage, ob die Wahlordnung für die Wahl der Bezirksvorstände und die Auszählung des Stimmenergebnisses so richtig sei, wie sie der Vorstand des RAB. angeordnet hat.

Der Vorstand bleibt bei seinem Beschlusse, wonach die Vorstandswahlen in Halle und Mansfeld so lange nicht anerkannt werden, bis daß sie ordnungsmäßig vorgenommen worden sind.

### Lohn und Arbeitszeit.

#### Arbeitszeitverhandlungen im Ruhrbergbau. Die Forderungen der Unternehmer.

Am Freitag, den 30. Januar, fanden in Essen Vorberhandlungen über die Arbeitszeit im Ruhrbergbau statt, die resultatlos verliefen. Die Unternehmer befanden sich trotz der 550-Millionenzahlung der neugebenedeten Reichsregierung an die Ruhrindustriellen die Fähigkeit, in den beweglichsten Klagen ihre „ungemeine Notlage“ in den Vordergrund zu stellen.

#### Forderungen des Zechenverbandes zur Arbeitszeitfrage.

1. Auf den südlichen Randzonen und auf einer weiteren Anzahl noch näher zu bestimmender Zechen soll für die Untertagearbeiter die Schichtzeit 8 1/2 Stunden betragen.
2. Die Ziffer 3 des bisherigen Abkommens betreffend Beibehaltung der verkürzten Vorkriegsarbeitszeit soll folgende Fassung erhalten: „In den Tagesbetrieben in denen bereits vor und während des Krieges weniger als 10 Stunden gearbeitet worden ist, gilt wieder diese Arbeitszeit, aber nur, sofern die verkürzte Arbeitszeit seinerzeit durch die besondere Schwere der Arbeit oder aber die besondere Beschaffenheit der Arbeitsstätte (Hitze, schlechte Luft) bedingt war, und diese Voraussetzungen nicht weggefallen sind.“
3. Nicht voll verarbeitete Schichten werden nur mit dem entsprechenden Bruchteil bezahlt.“

Die Vertreter der Arbeiter wiesen die Klagen der Unternehmer über deren angebliche Notlage mit aller Entschiedenheit zurück und erbrachten den Nachweis, daß sich auch im Ruhrbergbau eine allgemeine Besserung der Wirtschaftslage langsam bemerkbar macht.

Trotz ihrer im Lauf der Verhandlungen offensichtlich zur völligen Haltlosigkeit verurteilten Zahlenkonstruktionen hielten die Unternehmer an ihren geradezu grotesken Forderungen betreffend die Neufestlegung der Arbeitszeit nach dem 1. März d. J. fest.

Es war voranzusehen, daß es zu einer Einigung nicht kommen konnte. Die Unternehmer riefen deshalb den Schlichter für Rheinland und Westfalen, den Reichs- und Staatskommissar Mehlisch, an, der die Schlichtungsverhandlungen am Donnerstag, den 5. Febr., festsetzte.

### Das Explosionsunglück auf Hannibal.

Zu dem in der vorigen Nummer der „Bergarb.-Ztg.“ gemeldeten Unglück kann folgendes nachgetragen werden: Es handelt sich um eine Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosion, die durch einen Sprengschlag in der Kohle eingeleitet wurde.

Der 8. örtliche Abteilungsquerschnitt erstreckt die Höhe 36-40 in der Reihenfolge von hinten nach vorn. Im Unterteil des Querschnittes in einem Ueberbau gearbeitet, welches am Unglückstage 172 Meter hoch aufgeföhren war.

Vor der Explosion wird nach Lage der Dinge angenommen, daß gegangen sein: Nachdem Zimmerungen, Pfeiler und Stützen abgebaut waren, legte man einen Schutz an, welcher einbrechen konnte.

Die Feuerwelle kam durch die 20 Meter lange Grundstrecke aus dem Ueberbau in den Querschlag, wo sie die Steinmauer durchschlug und in dem 200 Meter entfernten Flöz 37 noch zwei Bergleute tötete.

Schlagwetteranfangung gekommen ist. Beachtenswert erscheint da eine Kombination, die im Buchamer „Vollschicht“ von einem Einsender ventiliert wurde. Der Grundgedanke ist folgender: Die Wetterung erfolgte durch eine blasende und eine saugende Lutzenleitung.

Zu der Tagespresse wurden der Bergbehörde nach unserer Ansicht nicht unberechtigte Vorwürfe darüber gemacht, daß sie die Öffentlichkeit nicht aufkläre und damit die widerföhrigen Zeitungsmeldungen mit verschulde.

### Gewerkschaften und Achtstundentag.

#### Herbeiföhrung des Volkswirtschaftlichen.

Der Bundesausschuss des RAB. trat am 27. Januar im Gewerkschaftshaus Berlin zu seiner 15. Sitzung zusammen. Im Anschluss an den Bericht des Bundesvorstandes über die Tätigkeit des Bundes seit der letzten Bundesausschusssitzung im Juli 1924 referierte der zweite Vorsitzende des Bundes (Graßmann) über die Schaffung von Zünd- und Verbänden.

Am zweiten Tage beschäftigte sich der Bundesausschuss mit dem jetzigen Stand der Arbeitszeitfrage. Nach einem Referat des dritten Bundesvorsitzenden Müller, dem eine lebhaftc Debatte folgte, nahm der Bundesausschuss einstimmig folgende Resolution zur Arbeitszeitfrage an:

Der Bundesausschuss des RAB. spricht sein Befremden darüber aus, daß die Reichsregierung trotz ihres Beschlusses vom 2. August 1924 das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag noch nicht ratifiziert hat.

### Volkswirtschaftliche Rundschau.

#### Großhandelsindex und Reichsindex.

Amlich wird uns mitgeteilt: Die auf den Stichtag des 28. Januar berechneten Großhandelsindexziffern im statistischen Reichsanwalt sind gegenüber dem Stand vom 21. Januar (138,9 Prozent) um 1,1 auf 140,0 Prozent gestiegen.

	im Frieden	Mai 1924	Dez. 1924
Roggen	94,6	144	104
Kartoffeln	75	91,5	122
Butter	9,4	31,9	20,7
Schweinefleisch	60,1	125	101,5

Donach hat sich die Preisspanne bei Kartoffeln noch erheblich erweitert, bei den anderen Posten ermäßigt. Eine Rationalisierung im Handel, der ebensoviel oder mehr Existenzen bei bedeutend verringertem Umsatz ernährt, ist leider kaum zu erwarten.

#### Auf dem Getreidemarkt

machen sich erneut starke Preisschwankungen geltend. Die Verschiffungen aus Amerika, Australien und Indien sind im Januar wesentlich gestiegen, aber die Nachfrage war so groß, daß die Preise erheblich an- zogen.

Ausschneiden u. aufheben!

Eine frohe Botschaft für alle Krankel!

- 1. Nerven-Tee, 2. Nerven-Tee, 3. Nerven-Tee, 4. Nerven-Tee, 5. Nerven-Tee, 6. Nerven-Tee, 7. Nerven-Tee, 8. Nerven-Tee, 9. Nerven-Tee, 10. Nerven-Tee, 11. Nerven-Tee, 12. Nerven-Tee, 13. Nerven-Tee, 14. Nerven-Tee, 15. Nerven-Tee, 16. Nerven-Tee, 17. Nerven-Tee, 18. Nerven-Tee, 19. Nerven-Tee, 20. Nerven-Tee, 21. Nerven-Tee, 22. Nerven-Tee, 23. Nerven-Tee, 24. Nerven-Tee, 25. Nerven-Tee, 26. Nerven-Tee, 27. Nerven-Tee, 28. Nerven-Tee, 29. Nerven-Tee, 30. Nerven-Tee, 31. Nerven-Tee, 32. Nerven-Tee, 33. Nerven-Tee, 34. Nerven-Tee, 35. Nerven-Tee, 36. Nerven-Tee, 37. Nerven-Tee, 38. Nerven-Tee, 39. Nerven-Tee.



Echte Ravensberger die führende Marke Verlangen Sie Preisliste - Niebelwerke Bad Oeynhausen.

Musikinstrumente Preisliste 629 umsonst Edmund Paulus Markneukirchen 629

Billige böhmische Bettfedern!

1 Kilo große gefüllte... Preisliste umsonst

Bei Haarausfall (ingenannter Haarcica) hat sich Schwester Margas Haarwuchsmittel

Togal Tabletten hervorragend bewirkt bei: Licht, Rheuma, Ischias, Kopfschmerzen.

Alte Herren müssen ganz besonders auf die Erhaltung ihrer Kräfte bedacht sein und sollten deshalb

Verfuchen Sie mal Rathreiners Malzkaffee und dann sagen Sie mir: Ist er nicht ein wirklicher Ersatz für den teuren Bohnenkaffee?

Billigste bayer. Bezugsquelle für echt böhm. Bettfedern nur gute füllfertige Sorten

Mitbedingungslosem Rücksendungsrecht bei Nichtgefallen liefere ich überall hin gegen bequeme Wochenraten von nur 1.- an

Ich kann Ihnen die freudige Mitteilung machen, daß meine Frau nach Verbrauch von 11 Paketen Ihres berühmten St. Josef's-Rheumatis-Tee's vollständig vom Rheumatismus befreit ist.

Reklamepreis nur Mk. 4.00... Uhren-Klose, Berlin SW. 141, Zossener Strasse 8.

Umsonst und kostenlos, ohne jede Verpflichtung dieses 160 Seiten starke Buch Die Heilkräfte der Natur.

GROSSEINKAUFS-GESELLSCHAFT DEUTSCHER CONSUMVEREINE M.B.H., HAMBURG 1 / SEIFENFABRIK DÜSSELDORF

Direkt an Private verfeide Tisch-Stehuhren, selbstige i. meine geschmiedete und moderne Gehäuse

Vor Qual u. Schmerz bei Magensture, Verdauungsleiden, Blähungen

Bandwurm Spul- und Madenwürmer entziehend Körper die best. Gifte, der Mensch binärem, nervös, elend und schlapp

FAHRRÄDER 62 MARK FRACHTFREI EMPFANGSSTATION NACHNAHME ODER VORAUSZAHLUNG

Jeder kann froh wieder aufatmen, und wird befreit von: Husten, Katarrh, Asthma, Lungenleiden.



Erstütternde Zahlen. Eine neue Statistik der Kriegsopter.

Der vierte Band der Großen Enquete über die Weltproduktion, welche das Internationale Arbeitsamt unter der Leitung von Edgar...
Die Anzahl der Mobilisierbaren betrug sich für alle kriegsführenden Länder im Weltkrieg auf 69 882 463 Menschen.

Ein Arzt über den Achtstundentag.

Das französische Unternehmerrblatt 'La Journée Industrielle' weist in einem Leitartikel in warmen Worten auf das Buch des französischen Arztes Jacques Wohlbour über das 'Leben der Arbeiter' hin.

Krieg und Kulturwerte.

Am 10. Mai 1924 hielt der sozialdemokratische Abgeordnete Viktor A. Berger in amerikanischen Abgeordnetenhaus folgenden Vortrag: 'Gewalt verdient der letzte europäische Krieg den Namen Weltkrieg, denn er war das größte Unglück, das je die Menschheit befallen hat.'

Geldsumme könnten wir ein Haus im Werte von 2500 Dollar bauen und dieses Haus mit einer Einrichtung im Werte von 1000 Dollar versehen und es in fünf oder sechs Jahren abbezahlen lassen.

Und das alles geschah, um die Welt für Pierpont Morgans Demokratie reifzumachen, um Englands Übergewicht im Welthandel zu sichern und um Frankreich zu der stärksten Weltmacht der Welt zu machen.

Gift im Blut und Blutreinigungskuren.

Nicht nur Hautkrankheiten rühren von un reinem Blut her, sondern die meisten Krankheiten überhaupt!
Ist das Blut mit Giftstoffen geschwängert, so zeigt sich das durch irgendeine Erkrankung und es hat in solchem Falle keinen Zweck, nur die Symptome des Leidens zu behandeln, sondern das ganze Blut muß verbessert werden, es muß eine gründliche Kur erfolgen.

Wer einwenden wollte, daß unmöglich so viele verschiedene Krankheiten aus einer Ursache entstehen könnten, dem wäre zu entgegen: Wenn das Blut nicht die richtige chemische Beschaffenheit hat, wenn ihm die so notwendigen Sauerstoffe fehlen, so kann es in den Lungen nicht genügend Sauerstoff aufnehmen, kann infolgedessen den Organismus nur ungenügend damit versorgen, daher alle Stoffwechsellstörungen.

Heilungsmittel; bei 17. Juli 1924.
Zhr 'Renascin' hat mich wohl mehrere unerblicklichen rheumatischen Schmerzen gänzlich beseitigt, auch waren meine Nerven so heruntergekommen, jetzt fühle ich mich wieder wohl, sage Ihnen vielen Dank.

Selbstrasierer benutz die deutsche 'Wicking'. Rasierklinge! Beste Edelftahl-Qualität. Kein Schleifen der Klingen mehr nötig.

Vorsicht beim Einkauf! Nehmen Sie nur die Feinstmargarine 'Schwan im Blauband'. Preis 50 Pfennig das Halbpfund in der bekannten Packung.

Samereien! Krupbohnen: 2.00, 2.50. Stargbohnen: 3.50. Bitte Musik treiben - Mäste dürfen abreißen!

3/4 Million Meter Stoffe versänd-bereit. 5 nachstehende Stoffe weit unter normalem Preis.

Zhr Geldbeutel wird fett, wenn Sie billig rauchen. Es kostet 5 Pfg. für eine Karte an Tabakfabrik 'Seltruf'.

Laubsägerei! Karbschnitt und Holzbrand. Willste Musik treiben - Mäste dürfen abreißen!

5000 Theater- u. Reise gläser nur 2 Goldm. Wir empfehlen: Otto Hué: Die Bergarbeiter. Historische Darstellung der Bergarbeiter-Verhältnisse.

Die beste und billigste Uhr kaufen Sie im Uhrenhaus 'Elbe', Dresden-Blasewitz 66. Eiderstoffkäte. Malikinstrumente.

Postversand für jeden erreichbar! Feinste Bratheringe (4 Literdose) M. 4,20. Rückentlicher Dank! Rückenmark- und Nervenleiden. An alle Asthmaleidende!